



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► an den Grossen Rat

ED/047941

Basel, 26. Mai 2004

Regierungsratsbeschluss
vom 25. Mai 2004

Interpellation Nr. 45 Rolf Häring betreffend Zuweisung der Schülerinnen und Schüler ins Gymnasium und die beiden Leistungszüge der WBS betreffend Auswirkungen einer tieferen Gymnasialquote

Zur Behandlung gelangt nachstehende, vor der Grossratssitzung vom 12. Mai 2004 eingereichte Interpellation Rolf Häring:

"Mit dem kommenden Schuljahr 2004/5 werden die Abgänger/innen der Basler OS beim Übertritt ins 8. Schuljahr erstmals entweder in ein Gymnasium, in den E-Zug oder den A-Zug der WBS eingewiesen. Bei der dafür geltenden neuen Zuweisungspraxis kommt der Selektionsempfehlung der Lehrkräfte entscheidende Bedeutung zu. Das Elternrecht ist gegenüber der bisherigen Regelung stark eingeschränkt. Die Auswirkungen der Aufteilung der WBS in Leistungszüge und der gleichzeitigen Veränderung der Zuweisungspraxis sind von erstrangiger bildungspolitischer Bedeutung.

Es ist keine neue Erkenntnis, dass fremdsprachige Kinder und Jugendliche bei der schulischen Selektion und auf dem Lehrstellenmarkt benachteiligt sind. Eine neue, für die ganze Deutschschweiz repräsentative Studie der Universität Fribourg (Prof. U. Häberlin, 2004) gibt Auskunft über das doch erstaunliche Ausmass dieser Benachteiligung. Danach kann von einer leistungsgerechten schulischen Selektion bei der Mehrheit der ausländischen Schüler/innen keine Rede sein. Auch auf dem Lehrstellenmarkt sind Ausländer/innen massiv benachteiligt. Ähnliche Ergebnisse sind dem Bericht des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt "Kennzahlen zur Integration von Ausländer/innen in Basel-Stadt" (November 2003) zu entnehmen.

Die offensichtliche Benachteiligung von Ausländer/innen bzw. Fremdsprachigen bei der schulischen Selektion und auf dem Lehrstellenmarkt ist in Basel-Stadt angesichts des im Vergleich mit anderen Kantonen besonders hohen Anteils an Fremdsprachigen einerseits und des rückläufigen Angebots an Lehrstellen andererseits möglicherweise besonders ausgeprägt.

Im Zusammenhang mit den erwähnten Veränderungen im Basler Schulwesen und der kürzlich erfolgten Zuweisung für das kommende Schuljahr sei auf zwei Problemkreise hingewiesen:

1. Die Gymnasialquote des übertretenden Jahrgangs wird 2004/5 um rund 10 Prozentpunkte tiefer sein als im Vorjahr. Dieser Rückgang dürfte sich sowohl auf die künf-

tige Maturitätsquote als auch auf die ohnehin schwierigen Verhältnisse auf dem Lehrstellenmarkt auswirken. Es darf davon ausgegangen werden, dass die zuständigen Behörden sich Überlegungen zu dieser Problematik gemacht haben.

2. Die Aufteilung der WBS in Leistungszüge birgt nach Aussage der Regierung die Gefahr der Entwicklung des WBS-A-Zuges "zu einem Problemzug mit vielen Fremdsprachigen und Jugendlichen aus sozial schwächeren Familien" in sich. Es muss angenommen werden, dass sich die Regierung über eine allfällige Entwicklung in diese unerwünschte Richtung auf dem Laufenden hält und gegebenenfalls sofortige Massnahmen einleitet. Bei der Publikation der Zuweisungszahlen ins Gymnasium und die beiden WBS-Züge sind nur die Gesamtzahlen pro Schultyp bekannt geworden. Interessant wären aber aus den genannten Gründen besonders auch die Anteile der Schüler/innen nach Heimat bzw. Muttersprache.

Ich bitte die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Überlegungen hat sich der Regierungsrat im Zusammenhang mit der deutlich tieferen Gymnasialquote gemacht?
 - Besteht nicht die Gefahr einer künftig tieferen Maturitätsquote? Wäre dies aus bildungspolitischer und wirtschaftspolitischer Sicht wünschbar? Würde dies nicht eine Verschlechterung der Ausschöpfung der sogenannten Bildungsreserven bedeuten? Wie würde sich der internationale Vergleich mit anderen hoch entwickelten Wirtschaftsnationen präsentieren?
 - Welche Auswirkungen ergeben sich auf dem Lehrstellenmarkt? Wird auf dem ohnehin serbelnden Lehrstellenmarkt dadurch nicht eine verstärkte Konkurrenz entstehen? Werden dadurch bei der Lehrstellensuche nicht die Jugendlichen aus sozial benachteiligten Schichten und besonders die Fremdsprachigen noch zusätzlich benachteiligt?
2. Welches sind in absoluten und relativen Zahlen die Anteile der Übertretenden ins Gymnasium, in den WBS-E-Zug und in den WBS-A-Zug nach Heimat und Muttersprache gegliedert? Der Regierungsrat wird gebeten, insbesondere auch die Anteile der türkischen Jugendlichen und der Schüler/innen aus den ex-jugoslawischen Staaten und dem Kosovo anzugeben.
3. Zeichnet sich mit der erfolgten Zuweisung die vom Regierungsrat als Gefahr erwähnte Entwicklung in Richtung "Problemzug mit vielen Fremdsprachigen und Jugendlichen aus sozial schwächeren Familien" und die Gefahr einer "Stigmatisierung" ab?
4. Ergibt sich daraus Handlungsbedarf? Sind Massnahmen bereits für das kommende Schuljahr 2004/5 notwendig? Welche?"

Wir gestatten uns, diese Interpellation wie folgt zu beantworten.

Krise der Weiterbildungsschule

Schon 1999, als der erste Jahrgang die neu gegründete Schule kaum durchlaufen hatte, genoss die Weiterbildungsschule (WBS) bei Lehrkräften, Eltern und Abnehmern wenig Kredit. 40% der Lehrkräfte der WBS standen dem Schulkonzept skeptisch bis ablehnend gegenüber. Ein Drittel der befragten Eltern der ersten Absolventinnen und Absolventen erklärte, erneut vor die Entscheidung gestellt, hätten sie ihr Kind entgegen der Empfehlung am Gymnasium angemeldet. Lehrmeister, Gewerbevertreter und die Diplomschulen beklagten die unzureichende Vorbildung durch die WBS. Trotz vieler Verbesserungsmassnahmen gelang es nicht, die WBS in der öffentlichen Meinung zu stabilisieren. Die Schule konnte ihre Rolle

als Scharnier zwischen Allgemeinbildung und beruflicher Bildung nur unzureichend spielen. Für viele war sie eine Schule für jene, die es nicht geschafft hatten, mit dem Image der Restschule behaftet. Auf Kosten der WBS stieg die Gymnasialquote von 29% 1997 auf über 40% 2003. Der Ruf nach Rückkehr zur Frühselektion wurde wieder lauter. Dass an der WBS ein dringender Handlungsbedarf bestand, war offensichtlich.

In den heterogenen Klassen der aktuellen WBS fühlen sich die einen Schülerinnen und Schüler unterfordert, andere sind offensichtlich überfordert. Die Leistungsstarken vermissen genügend Anreize und Perspektiven. Den Schwächeren fehlt die Führung durch die Klassenlehrkraft und der Halt durch eine stabile Bezugsgruppe. Sie finden sich in der komplexen Unterrichtsorganisation mit Niveau-, Stütz- und Wahlkursen nicht zurecht.

Strukturänderung an der Weiterbildungsschule und Doppellösung

Mit der Doppellösung hat der Regierungsrat im Dezember 2002 einen Weg gesucht, der ihm das Heft des Handelns in der Hand belies, rasche Verbesserungen in der WBS erlaubt, und langfristig den Zielkonflikt zwischen Leistung und Integration zu lösen vermag. Die rasch wirksame Verbesserung für die WBS besteht in der Einführung von zwei Leistungszügen. Die langfristig angelegte Lösungssuche mündet in der Reorganisation der Bildungswege an der Volksschule. Sie soll den Schulwechsel am Ende des 7. Schuljahres zum Verschwinden bringen und Antworten auf die zentralen pädagogischen Herausforderungen geben. Mit der Befristung der Strukturänderung an der WBS hat auch der Grosse Rat im Juni 2003 ein klares Bekenntnis zum langfristigen Teil der Doppellösung abgelegt. An der Urne wurde die schulpolitische Weichenstellung durch die deutliche Ablehnung der SVP-Initiative bestätigt.

Der im August beginnende allgemeine Zug oder A-Zug nimmt schwächere und mittlere Schülerinnen und Schüler auf und bereitet auf Lehr- und Attestausbildung vor. Der erweiterte Zug oder E-Zug nimmt leistungsstarke Schülerinnen und Schüler auf und bereitet auf anspruchsvolle Lehrstellen und auf weiterführende Schulen vor. Über Berufs- und Fachmatur öffnet er den Weg zur Fachhochschule.

Gymnasialquote und Maturitätsquote

Nach der kleinen Korrektur durch die Aufnahmeprüfung hat die neu geregelte Zuteilung der Schülerinnen und Schüler der 3. Klassen der Orientierungsschule (OS) in die weiterführenden Schulen und Züge das folgende Ergebnis erbracht: Auf den A-Zug der Weiterbildungsschule fällt ein Anteil von 28,6 %, den E-Zug besuchen 37,3 %, und ins Gymnasium gehen 30,6%. Die Zuteilung in die drei Angebote ist ausgewogen. Der Anteil des A-Zugs der WBS ist so gross, dass auch Schülerinnen und Schüler mit mittleren Leistungen noch genügend herausgefordert werden.

In den sieben Jahren seit dem Systemwandel lag die Gymnasialquote zwischen 29 % und 40 %. Von diesen Schülerinnen und Schülern hatte aber ein erheblicher Teil keine Empfehlung. 2003 meldeten sich 26% der Jahrgangsstufe mit und 14,2% ohne Empfehlung am Gymnasium an. Nach einem Jahr war von diesen bereits gut die

Hälfte wieder ausgeschieden. Von den 1997 erstmals ins neue Gymnasium eingetretenen bestanden 59% der Empfohlenen die Matur auf direktem Weg, unter den nicht Empfohlenen waren es bloss 20%.

Gegenüber dem letzten Jahr sitzen ab kommendem Schuljahr nur halb soviel Jugendliche mit provisorischer Zulassung in den Gymnasialklassen (92 statt 209). Ihre Erfolgschancen sind grösser, weil alle die definitive Zuteilung nur sehr knapp verfehlt haben. Der Halbierung des Anteils der Provisorischen und die Tatsache, dass keine Schülerinnen und Schüler dazugehören, die die gymnasialen Anforderungen in der Beurteilung der Lehrkräfte der OS massiv unterschritten haben, wird sich positiv auf die Lernatmosphäre auswirken. Die Misserfolgsquote dürfte sich mindestens halbieren.

Die Maturitätsquote Basel-Stadt bewegte sich zwischen 1997 und 2001 zwischen 20 und 22%. Die beiden anschliessenden Reformjahrgänge erreichten eine Quote von 25,9% (2002) und 24,2% (2003). Auf Grund der besseren Erfolgschancen darf man davon ausgehen, dass die Quote keine grössere Veränderung erfahren wird. Die Zuteilung wird von den Lehrpersonen der Orientierungsschule aufgrund der Fachleistungen und des Lern-, Arbeits- und Sozialverhaltens in den Pflichtfächern vorgenommen. Sie soll dem Einzelnen gerecht werden, deswegen gibt es keine vorgegebene Zielgrösse und schon gar keine entsprechenden Empfehlungen an die Lehrpersonen. Das Ziel war die bestmögliche Auswahl der Geeigneten, nicht eine grundsätzliche Senkung der Quote.

Die Problematik des A-Zugs

Der Ratschlag vom 20. Dezember 2002 an die Mitglieder des Grossen Rates verschweigt nicht, dass der A-Zug „sich zu einem Problemzug mit vielen Fremdsprachigen und Jugendlichen aus sozial schwächeren Familien“ entwickeln könnte und dass die Gefahr einer „Stigmatisierung“ besteht. Über die aktuelle Zusammensetzung der drei Angebote informieren die beiden folgenden Tabellen und die ausführlichen Statistiken im Anhang.

Verteilung der Schülerinnen und Schüler nach Sprachen

	Deutsch	Fremdsprachig	Türkisch
Gymnasium	83%	17%	2%
E-Zug	57%	43%	9%
A-Zug	34%	66%	20%

Verteilung der Schülerinnen und Schüler nach Nationalität

	Schweiz	Ausland	Türkei
Gymnasium	84%	16%	2%
E-Zug	59%	41%	9%
A-Zug	36%	64%	21%

Dass fremdsprachige Kinder und Jugendliche an unseren Schulen deutlich benachteiligt sind, ist spätestens seit den Ergebnissen der PISA-Studie bekannt.

Wegen der Sprachbarriere vermögen sie ihr Begabungspotential nur unzureichend auszuschöpfen. Dass Fremdsprachige bei gleichen Schulleistungen gegenüber Deutsch sprechenden Kindern bei der Zuteilung benachteiligt wurden, lässt sich hingegen nicht nachweisen. Die Fremdsprachigen sind sehr ungleich auf die drei Schulangebote verteilt. Der Anteil der ausländischen Kinder ist im A-Zug viermal grösser als am Gymnasium. Das liegt sicher auch daran, dass die ausländischen Kinder häufiger aus bildungsfernen und sozial benachteiligten Schichten kommen. Das zumindest legt der extreme Unterschiede bei den türkischen Kindern nahe: Im A-Zug gibt es zehnmal mehr türkische Kinder als am Gymnasium. In erster Linie legt diese Verteilung die bestehende Ungleichheit der Bildungschancen offen. Diese Ungleichheit wird durch die Zuteilung also nicht erst geschaffen. Mit rund einem Drittel ist der Anteil der Schweizer Kinder im A-Zug immerhin noch so gross, dass man für Basler Verhältnisse nicht von einem stigmatisierenden Ausländerzug sprechen kann. In den Kleinklassen der OS beispielsweise liegt der Anteil der Deutschsprachigen bei 29% im OS-Schulhaus Dreirosen bei 18% und im Insel bei 20%.

Die WBS muss versuchen, der fremdsprachigen Mehrheit im A-Zug durch spezielle Fördermassnahmen gerecht zu werden. Gleichzeitig hat das Erziehungsdepartement zusammen mit allen Zubringerschulen die Pflicht, durch Integrations- und Sprachförderungsmassnahmen für mehr Chancengleichheit und für eine gerechtere Verteilung der Schülerinnen und Schüler zu sorgen. Schule und Wirtschaft werden gemeinsam für die Chancen der Schulabgängerinnen und Abgänger im Lehrstellenmarkt sorgen müssen. Schliesslich ist der weitere Hinweis auf die ungleiche Verteilung der Bildungschancen ein erneuter Ansporn, die kantonale Integrationspolitik zu intensivieren.

Förderung der Schüler und Schülerinnen im A-Zug

Die beiden Leistungszügen werden kooperativ geführt, das heisst, sie sind durchlässig, bleiben unter demselben Schuldach, werden von den gleichen Lehrkräften und unter den gleichen Arbeitsbedingungen unterrichtet. Eine gemeinsame Schulhauskultur mit gemeinsamen Projekten soll die Aufstiegschancen der Schülerinnen und Schüler verbessern und zur Integration der Migrantinnen und Migranten beitragen. Ein Jahresziel jeder Schulhausleitung muss die Kooperation zwischen den Zügen betreffen. Die Erreichung muss im Jahresbericht nachgewiesen werden. An den grossen Standorten sind die 'pädagogischen Betriebseinheiten', die Stammgruppen, gemischt aus E- und A-Klassen. Musik- und Sportklassen setzen sich jeweils aus Jugendlichen beider Züge zusammen.

Die Jugendlichen können im A-Zug intensiv gefördert werden, weil die Klassen kleiner sind, weil sie von einer täglich präsenten Klassenlehrperson geführt und weil sie nur von einem kleinen Lehrkräfteteam unterrichtet werden. Zum Profil des A-Zugs gehören auch die betreuten Mittags- und Aufgabenstunden. Hoffnungsvoll stimmt die Tatsache, dass der A-Zug bei den Lehrpersonen beliebt ist. Viele sind bereit, im A-Zug zu unterrichten.

Die Sprachförderung hat im A-Zug ein grosses Gewicht. Die Lektionenzahl in Deutsch ist von heute 4 auf 6 erhöht. Durch Weiterbildung sollen auch die Lehrkräfte der anderen Fächer mit den Besonderheiten von Deutsch als Zweitsprache vertraut gemacht werden, damit jede Stunde zur Deutschstunde wird. In allen Fächern liegt viel Nachdruck auf dem Sprachlichen. Ausserdem bietet die Schule im Rahmen der Mittagsangebote Betreuung in der Bibliothek an. Sie ist mit dem LV-Shop fusioniert, so dass Jugendliche mit unterschiedlichen Interessen erreicht und gefördert werden. Den Lehrpersonen steht das Förderzentrum zur Verfügung, das bei Bedarf Unterstützungsangebote macht.

Eine Leistungssteigerung in allen Fächern erwartet die Schule auch durch die methodische Ausrichtung auf das spezifische Lernvermögen der Jugendlichen im A-Zug. Auch in dieser Hinsicht ist die einfache und klare Struktur der WBS eine grosse Hilfe. Der in Ergänzung zum offiziellen Lehrplan erstmals geschaffene Lernplan, macht dem Schüler und der Schülerin in adäquater Sprache erkennbar, wo er im Lernprogramm steht. Mit dem neuen Dokument sollen die Jugendlichen in die Verantwortung für das Lernen hineinwachsen. Gleichzeitig wird die Lerndiagnostik ausgebaut als Grundlage für individuelle Förderpläne und gezielteres Arbeiten.

Die Studie ‚Transition‘, die sich mit der Lehrlingsrekrutierung befasst hat und bald veröffentlicht wird, zeigt deutlich, dass es nicht nur die Deutschkenntnisse oder der allgemeine Leistungsstand sind, die bei der Rekrutierung der Lehrlinge eine Rolle spielen. Ebenso wichtig sind Auftreten, Engagement und die Einbindung in ein familiäres Umfeld, das die Lehre mitträgt. In dieser Beziehung wird die Schule deutlich mehr leisten können als bisher, weil die Jugendlichen des A-Zugs konstanter und umfassender von der Klassenlehrperson und einem ganz kleinen Lehrpersonenteam betreut werden. Dank dieser Begleitung lassen sich auch die von Lehrmeistern erwarteten Werthaltungen wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Anstand vermitteln und das adäquate Verhalten trainieren. Alle Schritte im Bewerbungsverfahren können geübt und begleitet werden.

Um Schülerinnen und Schüler noch besser für den Lehrstellenmarkt fit machen zu können, wurde das Ressort Laufbahnvorbereitung (LV) und die Betreuung der LV-Animatoren in den Schulhäusern zu einem Ressort der Schulleitung aufgewertet.

Die Weiterbildungsschule möchte auch die Eltern - vorab der fremdsprachigen Jugendlichen - über den Schritt von der Schul- zur Berufslaufbahn informieren und dezidiert in die Pflicht nehmen. Die Eltern sollen in grösserem Ausmass als bisher Informationen über das Wesen und den Ablauf der Lehre erhalten. Die Schule will ihnen zeigen, warum es wichtig ist, dass sich ihre Kinder um eine Lehrstelle bemühen. Auch jene Eltern, die sich selbst ohne gute Sprachkenntnisse in der Arbeitswelt behaupten, sollen erkennen, wie wichtig Deutschkenntnisse für ihre Kinder sind. Die Eltern müssen wissen, dass ihre Kinder noch lange nicht erwachsen sind und dass die elterliche Verantwortung auch mit Beginn der Lehrzeit noch nicht endet. An jedem Standort findet während der LV-Projektwoche der Schülerinnen und Schüler in der 1. Klasse der WBS eine Veranstaltung statt, an der ihnen die

Ausbildungsform Lehre von Verantwortlichen vorgestellt wird. Diese Aktivitäten und der Einbezug der Eltern werden ausgeweitet.

Erziehungsdepartement und Schulleitung der WBS nutzen jede Gelegenheit zur Kooperation mit der Wirtschaft und ihren Verbänden mit dem Ziel die Ausbildung auf die Bedürfnisse der künftigen Berufsleute auszurichten, Gewerbe und Unternehmen in die Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler des A-Zugs einzubinden und eine Stigmatisierung zu verhindern. Insbesondere Studentafel und Lehrplan wurden in engem Austausch mit allen Abnehmern in Schule und Wirtschaft konzipiert. Sehr entgegen kommt den Lehrbetrieben, dass dank der Entsprechung des A-Zugs und des E-Zugs der städtischen WBS mit den Anforderungsniveaus A und E der Baselbieter Sekundarschule in beiden Basel analoge Abschlüsse möglich werden. Die Partnerkantone haben die Chance zur Koordination von Studentafel, Lehrplänen, Orientierungsarbeiten und Abschlüssen genutzt.

Integrationsmassnahmen in den vorangehenden Stufen

Am Zuteilungsergebnis und insbesondere am unterschiedlichen Fremdsprachigenanteil in den beiden Zügen kann die WBS nichts mehr ändern. Darum müssen die Integrationsmassnahmen in den vorangehenden Schulstufen intensiviert werden. Dazu gehören beispielsweise die in Ausarbeitung befindlichen ‚Sprachprofile‘, die den Sprachunterricht über die ganze Schullaufbahn verknüpfen werden, die Umsetzung der im Gesamtsprachenkonzept vorgeschlagenen Massnahmen zur Verbesserung von Deutschkenntnissen im Kindergarten und davor und die Förderung des Standarddeutschen in der Volksschule. Im Rahmen der Doppellösung werden diese Anliegen in die Gesamtplanung einbezogen. Diese Planung wird auch zeigen, wie das 8. und 9. Schuljahr der Volksschule nach Ablauf der vom Grossen Rat gesetzten Frist aussehen wird und in welcher Form OS und WBS zusammenwachsen können.

Externe Evaluation

Die Prozess der Strukturänderung an der Weiterbildungsschule wird einer umfassenden externen Evaluation unterzogen. Sie soll den Beteiligten umfangreiches Steuerungswissen im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Reform und der Schule zur Verfügung stellen. Untersucht werden die schulischen Leistungen in der neuen Struktur und im Vergleich mit der alten Struktur, das Image der Schule nach innen und aussen und die von der Orientierungsschule vorgenommene Zuteilung im Verhältnis zum späteren Bildungsverlauf. Dank der Durchführung einer Vollerhebung werden nicht nur zuverlässige Daten gewonnen, die Schule gewinnt mit Hilfe der Experten auch gleichzeitig vorbildliche Modelle für die künftigen Orientierungsarbeiten und Abschlussprüfungen. Als Auftragnehmer konnte Herr Dr. Urs Moser, Mitglied der Geschäftsleitung des Kompetenzzentrums für Bildungsevaluation und Leistungsmessung an der Universität Zürich, gewonnen werden, der massgebend an der PISA-Studie beteiligt war.

Zur Entwicklung des Lehrstellenmarktes

Auf lange Sicht verläuft die Mengenentwicklung bei Schulabsolventinnen und -absolventen und bei den Lehrstellen analog, unterbrochen durch konjunkturell

bedingte Rückgänge bei den Lehrstellen. Die Wohnbevölkerung im Alter von 15-19 Jahren stagniert seit langem: Sowohl 1991 als auch 2001 zählte sie in beiden Basler Kantonen zusammen unverändert rund 23'650 Personen. In der gleichen Zeit nahm die Zahl der Lehrstellen in beiden Kantonen zusammen von 9'105 auf 9'309 um 2.2% zu. In den Jahren 1994-96 erfolgte konjunkturbedingt ein Lehrstellenrückgang, der jedoch bis 2000 wieder wettgemacht wurde. 2001 und 2002 stagnierte die Lehrstellenzahl. Im Jahr 2003 erfolgte ein erneuter Rückgang, namentlich bei den kaufmännischen Lehrstellen. Aktuell sind bei den Ämtern in den beiden Basler Kantonen zusammen gegenüber dem Vorjahr 280 zusätzliche Lehrverträge registriert, zugleich sind auch noch mehr offene Lehrstellen gemeldet.

Die längerfristige Beobachtung des Lehrstellenmarktes zeigt, dass die Wirtschaft respektive die rund 3'000 Lehrbetriebe in der Region Basel im Rahmen ihrer Marktmöglichkeiten insgesamt gut mit der Nachfrage nach Lehrstellen korrespondieren.

Die Chancen fremdsprachiger Jugendlicher im Lehrstellenmarkt

Es ist bekannt, dass fremdsprachige Jugendliche oft Mühe haben, eine Lehrstelle zu finden, auch wenn sie gleich gute Schulleistungen erbringen wie deutschsprachige Jugendliche. Immerhin zeigen die „Kennzahlen zur Integration von Ausländer/innen in Basel-Stadt“ vom November 2003, dass die Beteiligung der Fremdsprachigen an der Berufsbildung zugenommen hat, namentlich bei den Frauen. Von den rund 4'800 baselstädtischen Lehrstellen im Jahr 2002 waren 26% von Ausländerinnen und Ausländern besetzt.

Es ist auch bekannt, dass schweizerische Jugendliche in höherem Mass in weiterführende Schulen übertreten. Schülerinnen und Schüler der OS, denen auf Grund des neuen Übertrittsverfahrens der Zugang zum Gymnasium relativ knapp verwehrt wurde, treten nach der WBS zu einem grossen Teil in die weiterführenden Mittelschulen ein, und nicht primär ins duale Berufsbildungssystem.

Die demographische Entwicklung zeigt, dass die Bevölkerung im Alter von 15-19 Jahren stagniert; laut Prognosen ist ab 2008 mit einem Rückgang zu rechnen. Das heisst, auch aus demographischer Sicht ist nicht mit einem zusätzlichen Druck auf den Lehrstellenmarkt zu rechnen, eher mit einer Entlastung.

Auch wenn im jetzigen Zeitpunkt nicht genau vorausgesagt werden kann, wie sich das neue Übertrittsverfahren auf den Lehrstellenmarkt auswirkt. Klar ist, dass die Abgängerinnen und Abgänger des neuen WBS-A-Zuges beim Übertritt in die Berufsbildung intensiv gefördert werden müssen. Eine Arbeitsgruppe aus Wirtschaft, Rektorat WBS und dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung ist daran, ein entsprechendes Projekt vorzubereiten. Noch in diesem Jahr wird die Öffentlichkeit darüber informiert werden.

Beantwortung der Fragen

1. Gymnasialquote: Trotz der tieferen Gymnasialquote dürfte die Maturitätsquote nicht wesentlich sinken, weil die Erfolgchancen der Zugeteilten im Durchschnitt

höher sind. Eine Senkung der Maturitätsquote wird mit der neuen Zuteilungsform auch nicht angestrebt.

Lehrstellenmarkt: Es ist nicht davon auszugehen, dass die Chancen der Fremdsprachigen auf dem Lehrstellenmarkt sich verschlechtern.

2. Vergleiche mitgelieferte statistische Anhänge

3. Im Augenblick kann nicht von einer Entwicklung in Richtung „Stigmatisierung“ gesprochen werden, auch wenn die Fremdsprachigen sehr einseitig auf die drei Angebote verteilt sind. Die Situation wird laufend beobachtet: Erkenntnisse werden die Evaluation im Hinblick auf die erzielten Schulleistungen und das Image der beiden Züge erlauben, ferner der Vermittlungserfolg nach Abschluss der Schule und die Verteilung der Fremdsprachigen bei der Zuweisung durch die Lehrpersonen der OS im nächsten Schuljahr.

4. Im Augenblick sind drei Massnahmengruppen angezeigt:

- eine spezifische Förderung der Fremdsprachigen im A-Zug
- die Vorbereitung von Umsteigegehilfen beim Wechsel von der Schule in die Berufsbildung
- die Verstärkung der Integrationsbemühungen in den vorangehenden Schulstufen.

Die ungleiche Verteilung der Bildungschancen sind ein erneuter Ansporn zur Intensivierung der kantonalen Integrationspolitik.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Der Präsident

Der Vizestaatsschreiber

Jörg Schild

Felix Drechsler

- zwei statistische Anhänge